



Wir waren präsent, am 1. Mai !

Auf Bärbel Etzel-Paulsen ist Verlass!

Sie ist seit vielen Jahren aktiv am 1. Mai dabei.

Diesmal war sie mit der traditionellen roten Nelke in der Hand wieder Ordnerin auf der Ersten-Mai-Demonstration. Im vergangenen Jahr fand der Erste Mai digital statt. Diesmal waren wir wieder in Präsenz.

Los ging es im Stadtgarten. Das war ein gut gewählter Ort. Hier gibt es den Gedenkstein für Lilo Hermann.

Der DGB tat gut daran, sich dagegen zu wehren, auf den Wasen nach Bad Cannstatt verlegt zu werden.

Hoffen wir, dass wir im nächsten Jahr wieder auf dem Marktplatz sind, dass wir wieder einen GEW-Stand haben. Die GEW ist da und Bärbel sicherlich mittendrin.

Annemarie Raab

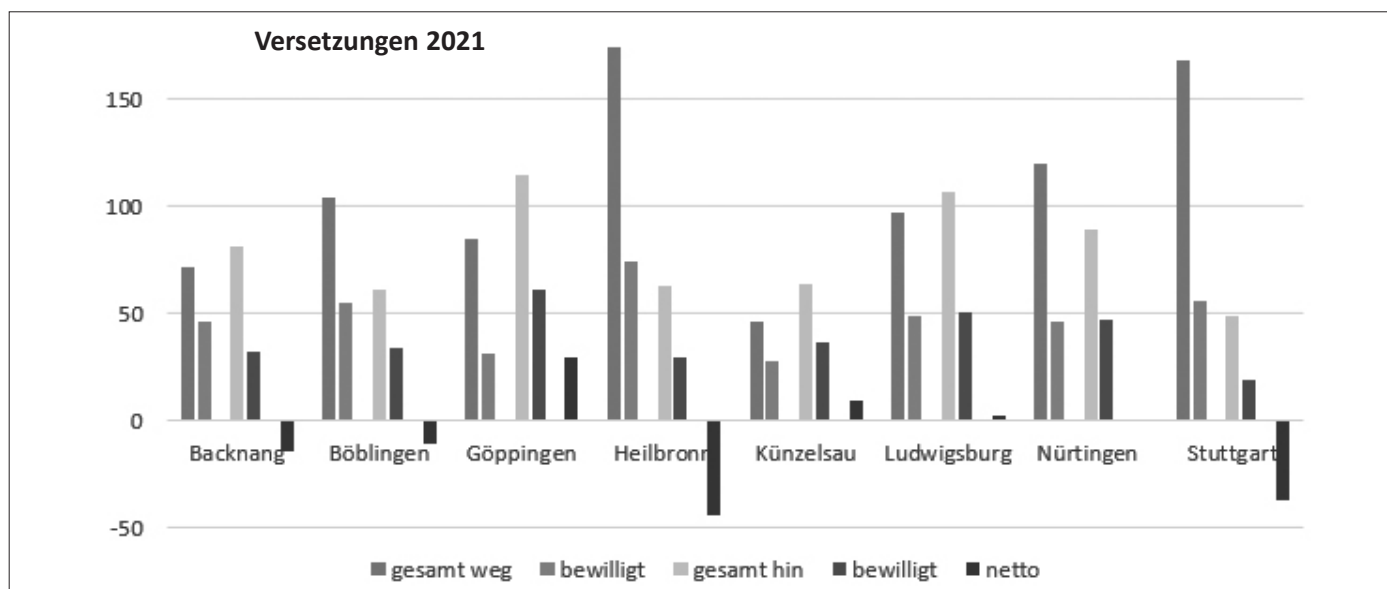
Ein Blick auf die Personalpolitik

Analyse der Versetzungsrunde 2021

(hier die Versetzungsanträge in andere Schulämter des Regierungsbezirks Stuttgart)

Als Vertrauensperson für schwerbehinderte Lehrkräfte am Regierungspräsidium Stuttgart bin ich bei oben genannten Versetzungsanträgen in der Beteiligung. Dabei interessieren mich auch immer die Versetzungsströme zwischen den Schulämtern. Stand Ende April 2021 ergibt sich folgendes Bild:

Versetzungen	von		nach		netto		
	gestellt	bewilligt	gestellt	bewilligt			
Backnang	72	46	64%	81	32	40%	-14
Böblingen	104	55	53%	61	34	56%	-21
Göppingen	85	31	38%	115	61	53%	30
Heilbronn	174	74	43%	63	30	48%	-44
Künzelsau	46	28	61%	64	37	58%	9
Ludwigsburg	97	49	50%	107	51	48%	2
Nürtingen	120	46	38%	89	47	53%	1
Stuttgart	168	56	33%	49	19	39%	-37



Es gibt Schulämter, die durch die Versetzungen Lehrkräfte gewinnen und solche, die Lehrkräfte verlieren. Besonders auffällig ist, dass sehr viel mehr Anträge aus den Schulämtern Stuttgart und Heilbronn hinaus gestellt wurden, als in die Gegenrichtung. In Heilbronn liegt das auch an dem starken Sog in Richtung Heidelberg und die Kurpfalz allgemein. Viele Lehrkräfte haben ihre Ausbildung in Heidelberg gemacht, konnten dort aber nicht unterkommen, weil die Rhein-Neckar Region übersorgt ist und sind daher Richtung Heilbronn ausgewichen. Nach ein paar Jahren möchten sie verständlicherweise wieder heimatnah eingesetzt werden. Für das Schulamt Heilbronn bedeutet diese Abwanderung allerdings eine ziemliche Belastung, wie sich an dem Nettoverlust von 44 Lehrkräften ablesen lässt.

In Stuttgart fällt diese Begründung für die starke Abwanderungstendenz weg. Hier muss es andere Ursachen geben. Eine Rolle werden sicherlich die hohen Wohnkosten spielen. Ansonsten lässt sich nur spekulieren. Möglicherweise wünschen sich junge Familien ein anderes Umfeld für ihre Kinder. Oder erwarten die Kollegen*innen an Schulen im ländlichen Bereich eine unkompliziertere Schülerklientel als an den vielen Brennpunktschulen in Stuttgart?

Für das Schulamt Stuttgart ist die Situation jedenfalls schwierig. Einerseits möchte man den Versetzungswünschen der Lehrkräfte natürlich nachkommen. Andererseits ist die Versorgung der Schulen ohnehin nur schwer zu gewährleisten. Dennoch hat das

Schulamt Stuttgart auch in dieser Versetzungsrunde wieder mehr Lehrer abgegeben als aufgenommen (-37). Die Versorgungslage wird dadurch jedenfalls immer prekärer.

Dabei wollten fast dreieinhalbmal so viele Lehrkräfte aus Stuttgart weg wie umgekehrt. In den letzten Jahren hat sich diese Tendenz eher verstärkt und es ist zu befürchten, dass der Standort Stuttgart auch in Zukunft unattraktiv bleiben wird.

Wie könnte man dem entgegensteuern? Möglicherweise könnte die Stadt die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte verbessern indem sie Kitaplätze anbietet oder Wohnungen für Lehrkräfte bereitstellt bzw. vermittelt.

Aber auch das Schulamt und die Schulleitungen sind in der Pflicht, an den Stuttgarter Schulen die Belastungen für die Lehrkräfte nicht zu hoch werden zu lassen.

Und letztlich ist die Politik gefragt, die über kurz oder lang doch wieder einen Ortszuschlag einführen werden muss, um einen Anreiz für Regionen wie Stuttgart oder Heilbronn zu schaffen.

Christian Meissner

Christian Meissner

*Schickhardtschule GMS,
Bezirksvertrauensperson der
Schwerbehinderten Lehrkräfte,
Mitglied des Örtlichen Personalrats
beim Staatlichen Schulamt
Stuttgart, Pressesprecher im GEW
Kreis Stuttgart*



Migranten machen Schule/Stuttgart

Migranten machen Schule entstand 2006 auf Initiative der Landeshauptstadt Stuttgart. Aktuell geht es um die Unterstützung und Weiterentwicklung der Arbeit in Vorbereitungsklassen (VKL/VABO). Infos zum Projekt „demokratisch – mehrsprachig – digital: Lehren und Lernen in Vorbereitungsklassen 2021“, gefördert durch die „Partnerschaft für Demokratie Stuttgart/ Demokratie leben!“, im Projekttagbuch unter https://padlet.com/lehrer_bildung_/Vorbereitungsklassen2021.

Monatlich erscheint ein Infobrief für interessierte Lehrkräfte und alle Menschen, die an der Bildung von jungen Menschen egal welcher Herkunft einen aktiven Beitrag leisten.

Im aktuellen Infobrief geht es unter anderem um die Themen 1. „demokratisch – mehrsprachig – digital: Lehren und Lernen in Vorbereitungsklassen 2021“. Informationen zur Projektarbeit und ein Ausblick auf die nächste Werkstatt am 10.6.2021.

2. Durchblick: Information und Interaktion

Padlets von Migranten machen Schule / Stuttgart (https://padlet.com/lehrer_bildung_/Migrantinnen_machen_Schule_Padlets)

Dies ist ein Tipp für alle Kolleg*innen, die sich mit dem Thema Migration und Schule beschäftigen oder in der täglichen Arbeit damit zu tun haben.

Kontakt: migranten.machen.schule@gmail.com

In unseren Bildungseinrichtungen sollten wir uns ernsthaft damit auseinandersetzen, wie wir mit den unterschiedlichen Herkunftssprachen umgehen wollen. Eine weitere Klassifizierung von Herkunftssprachen in gute und in weniger gute Herkunftssprachen ist für die heranwachsende Generation nicht mehr zielführend.

Grundlage für eine gelingende Bildungsbiographie ist die Beherrschung der deutschen Sprache.

Das Landesinstitut für Schulentwicklung Baden-Württemberg, IBBW, hat drei Handreichungen herausgegeben.

- Deutsch als Zweitsprache in der Grundschule (IB – 1)
- Viele Sprachen – eine Schule (IB – 2)
- Gemeinsam den schulischen Anfang gestalten (IB – 3)

Im Koalitionsvertrag werden auf Seite 84 nur wenige Aussagen dazu gemacht.

1. Aussage

„Außerdem sollen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bei Bedarf gezielten Unterricht in Deutsch als Fremdsprache bekommen.“

Forderungen müssen sein:

Den Bedarf stellen die Lehrkräfte fest.

Der gezielte Unterricht sollte parallel zum Regelunterricht stattfinden.

Der gezielte Unterricht sollte von dafür ausgebildeten Lehrkräften in kleinen Gruppen erteilt werden.

Diese Stunden müssen den Schulen zusätzlich zugewiesen werden.

2. Aussage

„Wir verbessern zudem die Vorbereitungsklassen (VKL) und „Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf“ (VABO)-Klassen, indem wir kleinere Klassen einrichten, die Sprachförderung im Fachunterricht etablieren und das Berufsschulpflichtalter von 23 auf 25 Jahre anheben.“

Es ist schon längst überfällig, dass die Klassen für die Vorbereitung auf eine Regelklassen verkleinert werden müssen. Es ist also an der Zeit diese Forderung zügig umzusetzen.

Beide Aussagen dürfen nicht nur Absichtsbekundungen bleiben. Je eher sie umgesetzt werden, desto besser für alle Beteiligten!

Annemarie Raab

Annemarie Raab

*Schulleiterin der Falkertschule GS,
Stellvertreterin für Grundsatz-
fragen im Vorstand der GEW*



Die Bürger*innen in Baden-Württemberg haben ihren neuen Landtag gewählt.

Bündnis90/Die Grünen und die CDU haben einen Koalitionsvertrag unterschrieben.

Es steht viel drin in diesem gemeinsamen Werk der beiden Parteien. Aus meiner Sicht fehlen zwei wichtige klare Aussagen:

1. Der Klassenteiler wird in allen Schulen nach unten korrigiert. Dies wäre ein wichtiger Beitrag um die Folgen der Pandemie abzufedern.
2. Grund- und Hauptschullehrkräfte erhalten nicht nur Wertschätzung, sondern die längst überfällige Bezahlung nach A13.

Für die immer kleiner werdende Gruppe der Grund- und Hauptschullehrkräfte an den verbleibenden Hauptschulen sollte dies zügig und umgehend realisiert werden. Grundschulen haben in der Pandemie gezeigt, wie wichtig ihre Arbeit ist. Auch hier sind mehr als wertschätzende Worte vonnöten.

Wir brauchen hochmotivierte und gut ausgebildete Lehrer*innen an der Grundschule.

Kleine Kinder – kleines Geld, sollte jetzt nach der Pandemie endgültig der Vergangenheit angehören!

Beides fehlt, beides kostet Geld, beides wäre jedoch eine nachhaltige Investition in die Zukunft.

Dies lässt allerdings hoffen: „Wir verbessern zudem die Vorbereitungsklassen (VKL) und „Vorqualifizierung Arbeit und Beruf“ (VABO)-Klassen, indem wir kleinere Klassen einrichten, die Sprachförderung im Fachunterricht etablieren und das Berufsschulpflichtalter von 23 auf 25 Jahre anheben.“

Dies sollte dringend zum neuen Schuljahr umgesetzt werden. Doch auch die Kinder in den Vorbereitungsklassen und in den VABO-Klassen sind auf gut ausgebildete und festangestellte Lehrkräfte angewiesen. Im September eingestellt und im Juli entlassen ist keine nachhaltige Bildungspolitik. *Annemarie Raab*

Kinderkrankheitstage für Tarifbeschäftigte nochmals erhöht!

Weitere Entlastung für Tarifbeschäftigte

Durch das Kinderkrankengeld sollen Lohnausfälle berufstätiger Eltern, die durch häusliche Betreuung eines erkrankten Kindes entstehen, ausgeglichen werden.

Der ursprüngliche Anspruch von 10 Krankheitstagen wurde nach und nach auf aktuell 30 Tage pro Kind und Elternteil erhöht. Bei mehreren Kindern erhöht sich der Anspruch entsprechend. Alleinerziehende erhalten 60 Tage pro Kind.

Dieser Anspruch gilt durch die Erweiterung des Infektionsschutzgesetzes nicht ausschließlich für erkrankte Kinder, sondern auch für geschlossene Schulen, Kitas, sonstige Einrichtungen sowie für Kinder, die sich in Quarantäne befinden. Voraussetzungen:

- Tarifbeschäftigte können Kinderkrankengeld beantragen, wenn
- das Kind erkrankt ist und zuhause betreut werden muss
 - die Kinderbetreuungseinrichtungen (Kita, Hort oder ähnliches), Schulen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen geschlossen wurden
 - für die Klasse oder Gruppe ein Betretungsverbot ausgesprochen wurde (auch aufgrund einer Absonderung)
 - Schul- oder Betriebsferien angeordnet oder verlängert wurde
 - die Präsenzpflicht in einer Schule aufgehoben oder der Zugang zum Kinder-Betreuungsangebot eingeschränkt wurde
 - von der zuständigen Behörde empfohlen wird, vom Besuch des Kindes in einer der genannten Einrichtungen abzusehen.

Außerdem:

- müssen die Elternteile gesetzlich versichert und berufstätig sein und selbst einen Anspruch auf Krankengeld haben.
- muss das Kind gesetzlich versichert und jünger als 12 Jahre sein oder eine Behinderung haben und auf Betreuung angewiesen sein.
- darf im Haushalt keine Person wohnen, die das Kind anstelle des /der Tarifbeschäftigten betreuen könnte.

Der Anspruch besteht auch, wenn die betroffenen Eltern im Homeoffice arbeiten könnten.

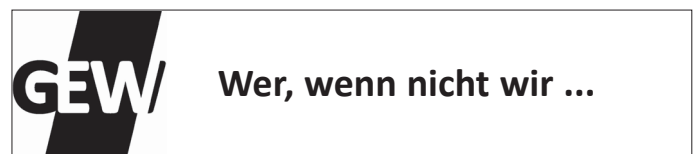
Hat ein Elternteil seinen Anspruch auf Kinderkrankengeldtage bereits erschöpft, kann der andere Elternteil weitere Tage auf ihn übertragen - vorausgesetzt, der Arbeitgeber, der den Elternteil dann freistellen muss, ist damit einverstanden.

Der Nachweis erfolgt über eine entsprechende Bescheinigung der Schule, Kita, Einrichtung oder des Gesundheitsamtes. Das Kinderkrankengeld wird von der Krankenkasse ausbezahlt und beträgt 90 % des Nettogehalts.

Gabriele Stork

Gabriele Stork

Lehrerin an der Kaufmännischen Schule 1 Stuttgart, Mitglied des Kreisvorstandes Kreis Stuttgart, Vertreterin der Tarifbeschäftigten im BPR Berufliche Schulen am RP Stuttgart



Die GEW hat neu gewählt

„Bildung. Weiter denken!“

unter dieser Überschrift stand der 29. ordentliche Gewerkschaftstag vom 09.06 bis 11.06.2021 in Leipzig. Den Umständen der Pandemie geschuldet, fand dieses GEW-Treffen für seine Delegierten in digitaler Form im Homeoffice statt.

Was ist der Gewerkschaftstag aber eigentlich genau?

Der Gewerkschaftstag ist das höchste Beschlussgremium der GEW und bestimmt die Schwerpunkte und Ziele der GEW-Arbeit. Es wurden aus der gesamten Bundesrepublik 432 Delegierte mit Stimmrecht aus den Landesverbänden entsandt. Die Delegierten diskutieren, beraten und beschließen wichtige Themen der GEW-Arbeit. Aus Baden-Württemberg waren 57 Delegierte entsandt. Diese haben sich im vergangenen Jahr mit den eingereichten Wahlvorschlägen und den zahlreich eingereichten Anträgen und Änderungsanträgen inhaltlich auseinandergesetzt. Im Vorfeld gab es diverse Online –Treffen mit den Delegierten, sogenannte Vorparlamente. Bei diesen Onlineveranstaltungen ging es darum, die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für ein Funktionsamt in der GEW auf Bundesebene zur Wahl stellen werden, besser kennenzulernen und sich inhaltlich mit deren Vorschlägen und Ideen im Hinblick auf die GEW-Arbeit auseinanderzusetzen.

So startete der 29. Gewerkschaftstag gut vorbereitet in der digitalen Übertragung am 09.06.21. Die Tagesordnung war reich gefüllt mit Wahlen des neuen Vorstandes, politischen Reden, Aussprachen und Diskussionen zu Anträgen und politischen Forderungen der GEW.

Grußworte sprachen unter anderem der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, die Parteivorsitzenden Armin Laschet (CDU), Olaf Scholz (SPD), Annalena Baerbock (Bündnis90/Die Grünen), Christian Lindner (FDP) sowie Susanne Hennig und Janine Wissler (Die Linke).

Im ersten Abschnitt des Gewerkschaftstages wurden die Wahlen für die Vorstandsbereiche der GEW durchgeführt.

Als Vorsitzende der letzten beiden Legislaturperioden stand Marlies Tepe aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl. Sie beendete mit diesem Gewerkschaftstag ihren Vorsitz an der Spitze der GEW. Eine ehrende Verabschiedung mit großem Dank für die gute, facettenreiche und bewegte Arbeit für die GEW war den Delegierten für Marlies Tepe besonders wichtig.

Als ihre Nachfolgerin ging die bisherige Chefin der GEW in Nordrhein-Westfalen, Maike Finnern (52) an den Start. Diese stellte sich mit einer zukunftsweisenden, energischen und einstimmenden Rede vor, welche großen Anklang unter den Delegierten fand. So äußerte sich beispielsweise ein GEW-Kollege im Chat: „Super Rede, vor allem immer wieder alle Bildungsbereiche einbezogen und auch gesellschaftspolitische und innergewerkschaftliche Forderungen mit aufgenommen. Respekt!“

Mit 94,3 Prozent und damit über 400 Stimmen wurde Maike Finnern als neue Bundesvorsitzende gewählt. In ihrer ersten Rede als GEW-Vorsitzende, kündigte Finnern als ihre Mission an: „Chancengleichheit für alle Kinder und

Jugendlichen muss das Leitmotiv der Bildungs- und Jugendpolitik sein. Bildungserfolg darf nicht vom soziokulturellen und ökonomischen Hintergrund des Elternhauses und Umfeldes abhängen.“



Maike Finnern, die neue Vorsitzende der GEW; Quelle: Gewerkschaftstag Leipzig

Außerdem standen für die Vorstandsbereiche zur Wahl: Andreas Keller (Bereich Hochschule und Forschung sowie stellvertretender Vorsitzender), Nick Strauss und Hans Maziol (Bereich Finanzen), Frauke Gützkow (Bereich Frauenpolitik), Daniel Merbitz (Bereich Tarif- und Beamtenpolitik), Ilka Hoffmann und Anja Bensinger-Stolze (Bereich Schule und Bildung), Doreen Siebernik und Björn Köhler (Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit) sowie Ralf Wilhelm Becker (Bereich Berufliche Bildung und Weiterbildung).

Der technische Aufwand für die digitalen Wahlen war immens: Die Vorbereitungen beim Bundesgewerkschaftstag der GEW live aus Leipzig dauerten dann auch den ganzen Mittwoch und bis zum Donnerstag, 10. Juni 2021, so dass der gesamte neue Vorsitz und der Vorstand demokratisch und rechtlich legitimiert gewählt und bekräftigt am 10. Juni antreten konnte.

Der neue Vorstand auf Bundesebene der GEW wurde durch die Wahlen folgendermaßen neu besetzt:

Maike Finnern, Vorsitzende

Anja Bensinger-Stolze, Organisationsbereich Schule

Doreen Siebernik, Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit

Andreas Keller, Organisationsbereich Hochschule und Forschung und stellvertretender Vorsitzender

Ralf Wilhelm Becker, Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung

Frauke Gützkow, Arbeitsbereich Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik

Daniel Merbitz, Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik

Nick Strauss, Arbeitsbereich Finanzen

Die GEW hat neu gewählt

Neben Maïke Finner sind Ralf Wilhelm Becker, Anja Bensing-Stolze, Doreen Siebernik und Nick Strauss als neue Kolleg*innen in den Geschäftsführenden Vorstand der GEW gewählt worden.

Im Amt bestätigt wurden Frauke Gützkow, Andreas Keller und Daniel Merbitz.

Wir gratulieren allen gewählten Mitgliedern im GEW Bundesvorstand und wünschen ihnen alles Gute und immer ein glückliches Geleit bei ihren Vorhaben sowie Beharrlichkeit und Ausdauer bei den Aufgaben die im bildungs- und tarifpolitischen Bereichen auf die GEW zukommen!

Nach den Wahlen ging es in der Tagesordnung um die Aussprache und Bearbeitung der Anträge. Neben dem Leitantrag „Bildung krisenfest machen!“ ging es beispielsweise um die Themen Rechtsextremismus und Bildungsfinanzierung.

Der Leitantrag formuliert auch, welche Lehren aus der Corona-Pandemie für das Bildungssystem gezogen werden müssen. Wichtige Stichworte in diesem Zusammenhang sind etwa das Vorgehen gegen den Fachkräftemangel, die Aufhebung des Sanierungsstaus an Gebäuden, eine bessere digitale Infrastruktur und Ausstattung sowie moderne Lern- und Lehrkonzepte. Die Corona-Krise machte zudem die Wichtigkeit des Gesundheitsschutzes überdeutlich.

Den Gewerkschaftstag zum Nachlesen gibt es unter #GEWtag21 im Internet und auf der GEW-Homepage.

Durch eine sehr gute Vorbereitung der Antragskommission konnten die wegweisenden Grundsatzbeschlüsse für die GEW-Arbeit beraten und beschlossen werden.

Für die ausführliche und inhaltlich wichtige Antragsberatung wird sich ein weiterer Gewerkschaftstag vom 21. bis 24. Juni 2022 treffen. Hier wollen sich die Delegierten bei einem Antragsgewerkschaftstag wieder persönlich miteinander über die Forderungen und die Inhalte der GEW-Arbeit austauschen und beraten.

Doris Fries

Doris Fries

Vorsitzende des Örtlichen Personalrats beim Staatlichen Schulamt Stuttgart, Rechnerin im Kreis, Vorsitzende im Team GEW-Kreisfachgruppe SBBZ, Lehrerin am SBBZ, Gustav-Werner-Schule



Die GEW tritt für Sie ein.

Vorbei kommen, dran kommen, Kalender mitnehmen!

In einer ersten vorsichtigen und mit auf die Hygienemaßnahmen bedachten kleinen Veranstaltung in Präsenz im Hinterhof der GEW haben wir am 15. April 2021 nützliches Alltags- und Arbeitsmaterial für die Kolleginnen und Kollegen im Kreis Stuttgart zur Selbstabholung angeboten.

Bei gutem Wetter stellten wir mit viel Enthusiasmus und Vorfreude den Pavillon im Hinterhof der Silberstraße auf und breiteten das Material wie Kalender, Blöcke, Stifte und andere Kleinigkeiten für die Kolleginnen und Kollegen aus. Das Kreisteam hatte einige Helfer zusammengeholt, so dass der Stand in der Zeit von 14.30 Uhr bis 18 Uhr gut besetzt und besucht war.

Das Angebot wurde von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen angenommen und hat bei allen zu viel Wiedersehensfreude geführt.

Wir haben uns alle sehr über die persönlichen Worte und den kurzen Austausch gefreut und danken daher allen Mitgliedern im Kreis, die sich die Zeit genommen haben um für sich selbst und/oder auch für das Kollegium an den Schulen die Materialien zu organisieren.

Doris Fries



BITTE VORMERKEN: Sonntag, 5. September 2021

BÜCHEL IST ÜBERALL!
atomwaffenfrei.
jetzt

*Stopp der nuklearen
Aufrüstung in Deutschland
Abzug der Atomwaffen
aus Büchel
Verbot der Atomwaffen*



Menschen-Kettenreaktion in Büchel "Atombomben weg - Verbotsvertrag beitreten!"

Am 26. September 2021 findet die Bundestagswahl statt, weshalb wir drei Wochen vorher, am Sonntag, 5. September, eine Menschenkette entlang des Fliegerhorstes Büchel machen wollen. Bis heute, 9. März, haben bereits 54 Staaten den völkerrechtlich gültigen Atomwaffen-Verbotsvertrag ratifiziert und 34 weitere Staaten haben ihn bereits unterzeichnet. Nun ist es höchste Zeit, dass auch Deutschland dem Atomwaffen-Verbotsvertrag beitrifft! Mit der Menschenkette wollen wir ein Zeichen setzen. Die Zivilbevölkerung ist gegen Atomwaffen!

An alle Friedens- und Umweltgruppen:

Für die Umsetzung brauchen wir die Zusage vieler Friedens- und Umweltgruppen zur Übernahme von Teilstrecken, z.B. über 20 m, 50 m, 100 m, sodass es dann Zuteilungen für markierte Gruppenbereiche geben kann. Wir bitten auch um die Anmeldung von Einzelpersonen.

BITTE MELDET EUCH AN:

per Email: info@atomwaffenfrei.jetzt
oder mobil: 0172-771 32 66
www.atomwaffenfrei.de

Geplanter Ablauf:

Start 100 Sekunden vor 12 Uhr (aktueller Stand der „Weltuntergangsuhr“)

13:00 Uhr Schließen der Menschenkette (15 min.)

14:30 Uhr Abschluss-Kundgebung am Haupttor

16:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Mit der Menschenketten rufen wir dazu auf, die Haltung der Parteien zu einem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag in die eigene Wahlentscheidung einzubeziehen.

Spendenkonto beim Förderverein Frieden e.V.

atomwaffenfrei.jetzt, DE78 4306 0967 4041 8604 04, Stichwort: Spende

V.i.S.d.P.:

atomwaffenfrei.jetzt, Kristian Golla, c/o Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn

Freie Fahrt für Schulklassen

Ungefähr 210 000.-€ soll hochgerechnet die freie Fahrt für die Kinder an den 71 Grundschulen der Landeshauptstadt Stuttgart kosten, wenn sie auf Ausflüge gehen oder außerschulische Lernorte besuchen. Das sind circa 3000.-€ pro Schule. Das Geld wäre sinnvoll und nachhaltig investiert. Endlich weniger organisatorischer Aufwand für die Lehrkräfte an den Grundschulen.

Ursprünglich war dies ein Pilotprojekt für 10 Grundschulen, geplant für das Schuljahr 2019/20. Dann kam die Pandemie, die uns allen einen Strich durch die schulischen Planungen machten.

Jetzt hat die CDU einen Antrag gestellt, dies für das Schuljahr 2022/23 ohne Pilotversuch umzusetzen. Das ist ein zielführender Antrag, der von allen Fraktionen unterstützt wird. Je früher dieser Antrag beschlossen wird und das Geld in den Haushalt eingestellt werden kann, desto besser für unsere Kinder. Der Nachholbedarf ist groß nach der Pandemie. Schulisches Lernen lebt auch von Ausflügen und außerschulischen Lernorten.

Freie Fahrt für Schulklassen ist eine alte gewerkschaftliche Forderung.

Fundstelle: Stuttgarter Zeitung 26. Mai 2021

Annemarie Raab

Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Kreis Stuttgart, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart
Verantwortlich: Jörn Pfeifer
Layout: Angelika Steinhilper

Mit Namen oder Namenszeichen gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasser dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Kreis Stuttgart

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12-14,
73230 Kirchheim unter Teck

